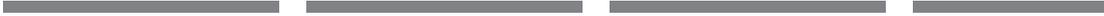




# IDENTITÄTSLINKE LÄUTERUNGSAGENDA



Eine Debatte zu ihren Folgen  
für Migrationsgesellschaften



Sandra Kostner (Hrsg.)

Sandra Kostner (Hrsg.)

## **Identitätslinke Läuterungsagenda**

Eine Debatte zu ihren Folgen für Migrationsgesellschaften

## ***Impulse. Debatten zu Politik, Gesellschaft, Kultur***

---

herausgegeben von Sandra Kostner, Stefan Luft und Elham Manea

Die Reihe *Impulse* bietet ein Forum für unterschiedliche Standpunkte zu aktuellen gesellschaftspolitischen Debatten. Debattengrundlage ist jeweils ein Impulstext, auf den Autorinnen und Autoren Repliken verfassen. Ziel der Reihe ist es, ein möglichst breites Spektrum an Standpunkten abzubilden und die Begründungen, die für diese Standpunkte vorgebracht werden, durch die direkte Konfrontation mit Gegenargumenten einem Test zu unterziehen. Durch die Zusammenfassung unterschiedlicher Standpunkte in den Debattenbänden soll den Leserinnen und Lesern die Möglichkeit gegeben werden, sich in komprimierter Form einen Überblick über die Bandbreite an Standpunkten und die Stichhaltigkeit von Argumenten zu verschaffen. Die Reihe will zudem einen Beitrag dazu leisten, Debatten zu umstrittenen und emotional aufgeladenen Themen zu versachlichen. Denn hier sollen nur die Kraft und die Stringenz der Argumente zählen und nicht moralische Haltungen, ideologische Überzeugungen oder gar persönliche Diskreditierungen.

Die Reihe richtet sich an die interessierte Öffentlichkeit wie auch an Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und Verantwortliche in Politik, Verwaltung und Medien.

Sandra Kostner (Hrsg.)

# IDENTITÄTSLINKE LÄUTERUNGSAGENDA

Eine Debatte zu ihren Folgen für Migrationsgesellschaften

*ibidem*  
Verlag

## **Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

### **Bibliographic information published by the Deutsche Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek lists this publication in the Deutsche Nationalbibliografie; detailed bibliographic data are available in the Internet at <http://dnb.d-nb.de>.

ISBN-13: 978-3-8382-7307-5

© *ibidem*-Verlag, Stuttgart 2019

Alle Rechte vorbehalten

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und elektronische Speicherformen sowie die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

All rights reserved. No part of this publication may be reproduced, stored in or introduced into a retrieval system, or transmitted, in any form, or by any means (electronic, mechanical, photocopying, recording or otherwise) without the prior written permission of the publisher. Any person who does any unauthorized act in relation to this publication may be liable to criminal prosecution and civil claims for damages.

# Inhaltsverzeichnis

*Sandra Kostner*

Einleitung: Identitätslinke Läuterungsagenda.

Genese des Analysekonzepts und Ziele des Bandes ..... 7

## **Teil I: Impulstext**

*Sandra Kostner*

Identitätslinke Läuterungsagenda.

Welche Folgen hat sie für Migrationsgesellschaften? ..... 17

## **Teil II: Repliken**

*Dimitri Almeida*

Integration, Diversität und Konflikt in einer pluralistischen

Einwanderungsgesellschaft. Eine Replik ..... 75

*Dagmar Borchers*

„Ich mach’ mir die Welt, wie sie mir gefällt ...“ –

Das identitätslinke Kultur- und Identitätsverständnis als Kern

eines anti-liberalen Projekts ..... 89

*Heike Diefenbach*

Konstruierte Gruppenidentitäten als Grundlage

identitätspolitischen Gedankengutes. Eine Replik aus

statistisch-empirischer Sicht ..... 125

*Alexander Grau*

Säkularisierung und Selbsterlösung. Die identitätslinke

Läuterungsagenda als Religionsderivat ..... 143

<i>Oliver Hidalgo</i>	
„Über jedem Wertekonflikt schwebt die Läuterungsagenda“ – Anmerkungen aus demokratiethoretischer Perspektive .....	151
<i>Maria-Sibylla Lotter</i>	
Schuld und Identität: Wie sich eine Praxis der Aussöhnung in eine Praxis der Spaltung verwandelt .....	181
<i>Stefan Luft</i>	
Den Verstand bewahren. Warum der Moralismus die Gesellschaft in den Bürgerkrieg treibt.....	209
<i>Elham Manea</i>	
Wie das Schuldbewusstsein „der Weißen“ dem Islamismus Vorschub leistet .....	221
<i>Boris Palmer</i>	
Überall Rassisten? Läuterungsrhetorik in Presse und Politik.....	255
<i>Roland Preuß</i>	
Lohn der Fairness. Warum Schutz vor Diskriminierung die Gesellschaft befriedet – aber nur, wenn er richtig gestaltet ist.....	267
<i>Christof Roos</i>	
Liberale Wege zur Gestaltung der demokratischen Einwanderungsgesellschaft .....	279
<i>Roland Springer</i>	
Ideologie der Weltoffenheit – wie links ist die identitätslinke Läuterungsagenda? .....	289
Autorinnen und Autoren .....	311

**Einleitung:**  
**Identitätslinke Läuterungsagenda.**  
**Genese des Analysekonzepts und Ziele des Bandes**

*Sandra Kostner*

Jedes Analysekonzept hat einen Ausgangspunkt. Jedes Mal, wenn ich darüber nachdenke, was mich dazu brachte, mich mit identitätslinken Läuterungsdemonstrationen und ihren Folgen zu befassen, führt mich meine Erinnerung zurück zu einer Geburtstagsfeier in Cairns im November 2003. Ich lebte damals seit ungefähr einem halben Jahr in dieser im tropischen Norden Australiens gelegenen Stadt und arbeitete für ein Museumsprogramm. Ein Freund hatte mich zur Party mitgenommen, auf der viele Lehrerinnen und Lehrer zugegen waren – mehrheitlich Kolleginnen und Kollegen des Gastgebers. Wenig überraschend drehten sich viele Gespräche um das Thema Schule. Ich hörte den Gesprächen mäßig interessiert zu, bis eine Lehrerin anfang, von ihren Unterrichtserfahrungen mit Aborigines zu erzählen. Sie sagte, dass sie jahrelang versucht habe, diesen Kindern Englisch und Mathe beizubringen, aber irgendwann realisiert habe, dass der Grund, warum sich indigene Kinder vor allem mit Mathe so schwer täten, darin liege, dass Mathe nicht Bestandteil „ihrer“ Kultur sei. Und sie wolle diese Kinder durch den aufgezwungenen Unterricht in „westlichen“ Kulturtechniken wie Mathematik nicht länger quälen, zumal dieser Unterricht unausweichlich eine weitere Entfremdung der Kinder von „ihrer“ Kultur zur Folge habe. Sie habe sich daher vor einigen Jahren entschlossen, die Mathestunden für Kunstunterricht zu nutzen, denn Kunst sei im Einklang mit der indigenen Kultur, würde deren Erhalt fördern und das kulturelle Selbstwertgefühl der Kinder stärken, und darauf komme es schließlich vor dem Hintergrund der kulturellen Abwertung der indigenen Kultur durch „die Weißen“ zuvorderst an.

Einige Lehrerinnen griffen dieses Beispiel auf und erzählten, dass auch sie dazu übergegangen seien, den Unterricht für indigene Kinder an deren spirituelle und kulturelle „Bedürfnisse“ anzupassen; dass sie anstelle des normalen Lehrplans *story telling* und *dot art* unterrichteten. Andere beglückwünschten die Lehrerinnen zu ihrem Vorgehen und erklärten es zu einem mutigen und überfälligen Schritt auf dem Weg zur Wiedergutmachung des Unrechts, das die Aborigines seit der Ankunft der *First Fleet* im Januar 1788 ertragen mussten. Niemand widersprach. Zunächst hörte auch ich nur zu, zum einen, da ich auf der Party außer dem Freund, der mich mitgenommen hatte, niemanden kannte und ihn nicht in Verlegenheit bringen wollte, zum anderen, da ich im ersten Moment meinen Ohren nicht so recht traute. Das Ganze erschien mir einfach zu absurd. Als jedoch die erste Lehrerin erklärte, dass eine Riesenlast von ihren Schultern gefallen und sie moralisch mit sich endlich wieder im Reinen sei, seit sie erkannt habe, dass das Aufzwingen „westlicher“ Lerninhalte einem weiteren gewaltsamen Akt der Kolonialisierung der Aborigines gleichkomme, weshalb sie sich bewusst davon abgewandt habe, reichte es mir. Ich fragte sie, ob sie sich mal für eine Sekunde Gedanken darüber gemacht habe, welchen Preis die Kinder in ihrem späteren Leben für das moralische Wohlbefinden ihrer Lehrerin wohl zu zahlen hätten. Ich fügte – ohne ihre Antwort abzuwarten – hinzu, dass ich es für absolut unverantwortlich hielte, wenn Lehrer sich in dieser Form anmaßen, darüber zu entscheiden, was nützlich oder schädlich für ihre Schüler sei – umso mehr, wenn die Folgen so absehbar und schwerwiegend sind wie in diesem Fall.

Die Lehrerin antwortete in schnippischem Ton, dass es ihr selbstverständlich nicht nur um sich selbst ginge; auch die Kinder fühlten sich wohler und seien im Unterricht entspannter, seit sie nicht mehr dauernd mit Dingen konfrontiert würden, für die ihr Hirn gar nicht gemacht sei. Dieses sei schließlich 40.000 Jahre lang nicht mit „westlichen“ Inhalten wie Mathe in Berührung gekommen; stattdessen hätte es in den 40.000 Jahren, in denen die Aborigines die einzi-

gen Bewohner des Kontinents waren, eine herausragende Begabung für Kunst entwickelt. Das für mich Erschreckendste war, dass sie sich offensichtlich ihrer rassistischen Argumentation in keiner Weise bewusst war, ganz im Gegenteil: Aus ihrer Sicht war dieses Argument ein dezidierter Ausweis ihrer antirassistischen Haltung. Ich sagte ihr in aller Deutlichkeit, wie verquer ich ihre Argumente fand, was für die Partyatmosphäre nicht förderlich war. Inzwischen hörten nämlich die meisten Gäste dem sich immer weiter entzündenden Streitgespräch zu: Einige wirkten auf mich peinlich berührt, sagten aber nichts, andere ergriffen Partei für die Lehrerin, ich hingegen fand mich alleine mit meiner Position. Letztendlich schaltete sich der Gastgeber mit den Worten ein: „Lassen wir es mit diesem Thema. Sandra ist noch nicht so lange hier, sie kennt unsere Geschichte mit den Aborigines noch nicht gut genug, um Eure Argumente verstehen zu können.“ Da alle Anwesenden erleichtert schienen, diesen Ausweg aus dem Streitgespräch präsentiert zu bekommen, verkniff ich mir die empörte Antwort, die mir schon auf der Zunge lag.

Der Freund, der mich zur Party mitgebracht hatte, sagte später am Abend in einem Vieraugengespräch zu mir, dass er das von den Lehrerinnen und Lehrern offenbarte Vorgehen ebenfalls entsetzlich fände und aus Gesprächen mit dem Gastgeber wüsste, dass auch der diese Form von *reverse racism* schon oft angeprangert habe, dass sie sich aber öffentlich nicht mehr kritisch äußern würden, um Ausgrenzungen und Rassismuskorrekturen zu vermeiden. Er selbst sei es inzwischen einfach leid, sich immer wieder der gleichen Rassismuskorrekturen zu erwehren. Er fügte hinzu, dass ich mir heute nicht viele Freunde gemacht hätte und dieses Mal noch davon gekommen sei, da sich alle darauf verständigen konnten, dass ich als Neuankömmling es halt noch nicht besser wüsste. Diese Nachsicht würde aber nicht anhalten, und ich solle mir daher zukünftig gut überlegen, ob es mir die Sache wert sei, gegen den Strom der politischen Korrektheit zu schwimmen.

Das war das zweite Gespräch des Abends, das mich noch lange beschäftigen sollte und aus dem gut 14 Jahre später – den Impulstext für diesen Band verfasste ich im Februar 2018 – das Analysekonzept der identitätslinken Läuterungsagenda entstand. Im November 2003 fehlten mir die Analyseinstrumente, um zu verstehen, wie erklärte Antirassistinnen und Antirassisten so zutiefst rassistisch handeln und wie sie so blind für den Schaden sein können, den sie anderen Menschen und letztlich auch der Gesellschaft zufügen. Prägend war die oben geschilderte Episode für mich, da ich mir an diesem Abend, wohl auch aufgrund der wahrnehmungsförderlichen Wirkung der Krassheit der Aussagen, zum ersten Mal der Prozesse, die ich in diesem Band als identitätslinke Läuterungsagenda bezeichne, bewusst geworden bin. Ich schenkte ihnen fortan mehr Aufmerksamkeit und begegnete identitätslinken Läuterungsdemonstrationen im Lauf der Jahre in unterschiedlichen Kontexten und in verschiedenen Formen – die meisten waren nicht so krass und folgenreich wie die oben geschilderte, aber auch mildere Formen sind, wie in diesem Band aufgezeigt wird, alles andere als folgenlos.

Obwohl die Kontexte und Formen variierten, schälten sich immer mehr zwei Konstanten heraus: die eine in Bezug auf die Personen, die Läuterungsdemonstrationen inszenieren, die andere hinsichtlich derjenigen, die sich – nicht immer freiwillig – auf der Empfängerseite solcher Demonstrationen wiederfinden. Die Empfänger- beziehungsweise Opferseite umfasst Personengruppen, die in der Vergangenheit in unterschiedlichem Maße Ausgrenzungen, Ungleichbehandlungen und Abwertungen ausgesetzt waren, aus denen Benachteiligungen resultierten, deren Folgen bis in die Gegenwart reichen. Zu diesen Gruppen gehören Indigene, Afroamerikaner, Migranten, Frauen und die LGBTQIA-Community. Die Geber- beziehungsweise Schuldseite besteht im Grunde aus allen, die nicht der entsprechenden Opfergruppe angehören und daher *per se* für die jeweiligen Ungleichbehandlungen verantwortlich gemacht werden.

Diese Zwangszuweisung von Schuld- und Opferidentitäten, durch die Menschen quasi in Identitätsgefängnisse eingesperrt werden, bildet aus meiner Sicht die Grundlage jener spezifischen Form der Identitätspolitik, die ich identitätslinke Läuterungsagenda nenne. Den Begriff identitätslinke Läuterungsagenda habe ich deshalb gewählt, da diese Agenda von Personen konzipiert und vorangetrieben wird, die sich politisch links verorten, aber an einem entscheidenden Punkt von den traditionellen Zielen linksgerichteter Politik abweichen. Dieser Punkt betrifft das für die Linke zentrale politische Ziel der Gerechtigkeit: Identitätslinke verstehen darunter nicht mehr soziale Gerechtigkeit, sondern Identitätsgerechtigkeit. Während sich das Modell der sozialen Gerechtigkeit an den Lebensumständen von Menschen orientiert und darauf ausgelegt ist, die soziale Durchlässigkeit der Gesellschaft zu erhöhen, liegt der Identitätsgerechtigkeit ein starres Gruppenkonzept zugrunde. Die mit diesem Konzept einhergehende Kultivierung von Schuld- und Opferidentitäten verringert die soziale Durchlässigkeit der Gesellschaft und greift ihren liberalen Kern an, indem sie das Prinzip der gleichen Freiheit für Individuen der Vision einer absoluten Gleichheit von Gruppenidentitäten opfert. Menschen werden dergestalt auch ihrer Individualität beraubt, denn ihre vielfältigen Lebensumstände und Persönlichkeitsmerkmale spielen bei dieser Gerechtigkeitsvision keine Rolle mehr – schlimmer, sie stehen ihr sogar im Weg. Einzig und allein das Merkmal, das die Identitätslinken zur Aufteilung von Menschen in Opfer- oder Schuldgruppen heranziehen, bestimmt nunmehr, wer Ansprüche an die Gesellschaft stellen darf und wer diese zu erfüllen hat.

Den Begriff der Läuterungsagenda verwende ich, da Vertreter der Schuldseite – ich bezeichne sie als Schuldentrepreneure – danach streben, durch Läuterungsdemonstrationen die moralische Autorität für „ihre Gruppe“ und damit für sich selbst wiederzugewinnen, welche sie aus ihrer Sicht wegen der von Mitgliedern „ihrer Gruppe“ verübten Ungleichbehandlungen verloren haben. Ihrem Pendant auf der Opferseite – die ich Opferentrepreneure nenne – geht es neben der

materiellen auch um eine moralische Kompensation für erlittenes Unrecht. Das Einfordern von moralischen Läuterungsdemonstrationen wurde daher schnell zum Kernbestandteil der Agenda der Opferentrepreneure, zumal sie den selbstauferlegten Läuterungsdruck der Schuldentrepreneure als für ihre Belange nützlich erkannten. Das Motiv der Läuterung führt demnach dazu, dass Identitätslinke auf der Opfer- und Schuldseite symbiotisch miteinander verbunden sind und aus Eigeninteresse die Aufrechterhaltung von Opfer- und Schuldidentitäten fördern – denn nur solange diese bestehen, funktioniert ihre Agenda.

Dass identitätslinke Läuterungsdemonstrationen von Eigeninteressen geleitet werden, führte mir bereits meine erste bewusste Begegnung mit ihnen im Jahr 2003 vor Augen. Zudem wurden mir damals die freiheitsgefährdenden Potenziale dieser Demonstrationen bewusst. Es dauerte einige Jahre, bis ich eine für mich zufriedenstellende Erklärung dafür fand, warum identitätslinke Akteure so unerbittlich auf abweichende Meinungen reagieren und wie sie es geschafft haben, dass sich Menschen von ihnen ihr Recht auf Meinungsfreiheit beschneiden lassen. Ich sehe den Grund für die Vehemenz der Kritikabwehr darin, dass die Entrepreneure ihre eigeninteressenbasierte Agenda nur mithilfe der Zwangsverpflichtung anderer Menschen verwirklichen können. Zwangsverpflichtungen lösen bei den meisten Betroffenen Kritik, Unmut, Widerwillen und Ablehnung aus – also überwiegend emotionale Reaktionen, denen mit Argumenten generell schwer zu begegnen ist. Ob und wie intensiv die Entrepreneure anfangs versucht haben, die Zwangsverpflichteten mit Argumenten für ihre Agenda zu gewinnen, entzieht sich meiner Kenntnis. Was die letzten 15 Jahre und damit den Zeitraum meiner Analysen betrifft, musste ich jedoch so gut wie flächendeckend feststellen, dass die Entrepreneure auf Kritiker beziehungsweise auf Menschen, die sich der Zwangsverpflichtung verweigern, nicht mit Argumenten, sondern mit moralischen Diskreditierungen reagieren. Wenig überraschend verstärken solche moralischen Herabsetzungen die negati-

ven Emotionen aufseiten der Zwangsverpflichteten mit dem Ergebnis, dass ein Austausch von Argumenten immer weniger möglich wird.

Freiheitsgefährdende Auswirkungen nimmt dieser Umgang mit Kritik ab dem Zeitpunkt an, ab dem diejenigen, die abweichende Positionen delegitimieren, in den debattenrelevanten gesellschaftlichen Teilbereichen den Ton angeben. Denn dann sind sie in der Lage, einen so hohen sozialen Erwünschtheitsdruck auf die anderen Akteure in ihrem Umfeld auszuüben, dass diese – wie der Freund in Cairns – präventiv ihr Recht auf Meinungsfreiheit einschränken, um sich den befürchteten negativen Konsequenzen für ihre soziale Stellung oder ihr berufliches Vorankommen zu entziehen. Die dergestalt erfolgende Aushöhlung eines der wichtigsten Menschen- und Grundrechte, nämlich der Meinungsfreiheit, ist die dritte Konstante, die sich aus meinen Beobachtungen und Analysen identitätslinken Agierens herausgeschält hat.

Identitätslinke Opfer- und Schuldentrepreneure weisen routiniert jegliche Verantwortung für die Unterminierung der Meinungsfreiheit von sich. Einem expliziten Bekenntnis zur Meinungsfreiheit folgen jedoch in der Regel deutlich längere Ausführungen über die Notwendigkeit, nicht über Dinge zu sprechen, die von Opfergruppen als verletzend wahrgenommen werden könnten. Was nicht zur Sprache kommt, aber aufseiten der Schuldentrepreneure immer mitschwingt, ist die Sorge, dass die Punkte, über die nicht gesprochen werden soll, ihren moralischen Läuterungsgrad infrage stellen könnten. Wer sich selbst in ein gruppenbasiertes Schuldgefängnis einsperrt, für den fällt jede Aussage und jede Handlung eines freiwilligen oder zwangsverpflichteten Mitglieds der Schuldgruppe auf alle Gruppenmitglieder zurück. Da die eigene moralische Läuterung nur erreicht werden kann, wenn alle anderen Gruppenmitglieder mitziehen, wird Druck auf diese ausgeübt, mit den entsprechenden diskursvergiftenden und freiheitsgefährdenden Folgen.

„Bist Du Dir sicher, dass Du *das* wirklich publizieren willst?“ Diese Frage und einige Alternativversionen wie „Hast Du Dir das in Anbetracht der zu erwartenden Reaktionen auch gut überlegt?“ oder „Hast Du keine Sorge, dass Dir so ein Text schaden wird?“ wurden mir im letzten Jahr häufig gestellt. Fast ausnahmslos waren es Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaftler, denen ich den Text zu lesen gab beziehungsweise denen ich davon erzählte, die mir solche Fragen stellten. Aus anderen Disziplinen und Berufsgruppen bekam ich solche Fragen kaum zu hören. Nun mag das zum Teil daran gelegen haben, dass Erstere zahlenmäßig das Gros der Leser beziehungsweise Gesprächspartner ausmachten. Aufgrund einer Vielzahl an anderweitigen Erfahrungen betrachte ich diese Reaktionen aber in erster Linie als Zeichen dafür, dass die genannten Wissenschaftsdisziplinen aufgrund ihres im Vergleich zu anderen Fachgebieten hohen Anteils an identitätslinken Akademikern in besonderem Maße von solch sorgengeleiteten Erwägungen betroffen sind. Denn aus zahlreichen Vieraugengesprächen und Berichten weiß ich, dass – aus Sorge um Karrierechancen und persönliche Reputationsverluste erfolgende – präventive Selbsteinschränkungen der Meinungsfreiheit und daraus abgeleitet auch der Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Lehre in diesen Wissenschaftsgebieten inzwischen keine Seltenheit mehr sind. So nachvollziehbar diese präventiven Selbsteinschränkungen angesichts der vielen sich von Vertrag zu Vertrag hangelnden Akademiker sind, so fatal sind sie für den wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn. Wissenschaft lebt von der Vielfalt an Erkenntnisinteressen, Theorien, Hypothesen, Methoden, Analysen und Argumenten. Diese Vielfalt ist aber nur gewährleistet, wenn Wissenschaftler ohne Sorge um ihre Karrierechancen Kritik an Theorien etc. üben und frei von einem angestinduzierten Konformitätsdruck ihr Erkenntnisinteresse verfolgen können.

Vor diesem Hintergrund möchte dieser Band auch einen Beitrag dazu leisten, wissenschaftliche Debatten über migrationsbezogene Themen – und damit Themen, auf denen in Deutschland der Fokus

der Identitätslinken liegt – von den oben skizzierten Sorgen zu befreien und Akademiker zu ermutigen, ihrem Erkenntnisinteresse zu folgen. Der Band beruht auf dem Ansatz, dass jeder Einzelne von uns nicht nur für die eigene Freiheit, sondern auch für die Freiheit des Systems Verantwortung trägt. Besonders nachdrücklich hat dies unser erster Bundespräsident in einem Zitat, das in seinem Sterbezimmer im Stuttgarter Theodor-Heuss-Haus an der Wand steht, auf den Punkt gebracht: „Die äußere Freiheit der Vielen lebt aus der inneren Freiheit der Einzelnen.“ An diese Worte muss ich oft denken, auch und gerade, weil sie mich in Bezug auf das von identitätslinken Akademikern hervorgerufene Klima der – zumindest vielfach so empfundenen – Unfreiheit motiviert haben, meinen Impulstext zu verfassen und diesen Band zu veröffentlichen.

Das Hauptziel des Bandes indes ist – wie sein Titel anzeigt – eine Auseinandersetzung mit den Folgen der identitätslinken Läuterungsagenda für Migrationsgesellschaften. Die Ausgangsfrage für meinen Impulstext war: Wie lässt sich die Genese und Verankerung der politisch schlagkräftigen Symbiose von Schuld- und Opferidentitäten erklären? Daran anschließend habe ich mich – die gezeitigten Konsequenzen in den Blick nehmend – auf zwei Schlüsselfragen konzentriert: (1) Welche Folgen hat die identitätslinke Läuterungsagenda für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Migrationsgesellschaften? Oder anders formuliert: Welches gesellschaftliche Fragmentierungs- und Polarisierungspotenzial ist dieser Agenda inhärent? Und: (2) Welche Folgen haben identitätslinke Positionen und Politikansätze für die Aufrechterhaltung freiheits- und gleichheitsbeschränkender Praktiken in patriarchalisch orientierten migrantischen Communities für die Selbstbestimmungschancen von Kindern und Frauen?

In meinem Anschreiben an diejenigen, die ich für Repliken auf meinen Impulstext anfragte, habe ich die Ziele des Bandes skizziert, die von mir fokussierten Schlüsselfragen benannt und die angeschriebenen Personen ausdrücklich dazu eingeladen, sich mit mei-

nen Argumenten kritisch auseinanderzusetzen. Ferner habe ich geschrieben, dass die Autorinnen und Autoren natürlich auch von mir vorgebrachte Argumente unterstützen, vertiefen und erweitern sowie durch thematisch relevante Aspekte ergänzen können. Die meisten Autorinnen und Autoren, die das Angebot, eine Replik zu verfassen, angenommen haben, stehen meiner Argumentation nahe. Daher enthält der Band weniger Gegenargumente auf meine Analysen, sondern vor allem Vertiefungen, Ergänzungen und Erweiterungen.

Ich möchte den Autorinnen und Autoren der Repliken für ihre inspirierenden – meine Argumente erweiternden oder einer kritischen Betrachtung unterziehenden – Analysen danken. Beides, Erweiterung und Kritik, hat die Debatte bereichert, die mit diesem Band über die Folgen der identitätslinken Läuterungsagenda angestoßen werden soll.

# **Identitätslinke Läuterungsagenda. Welche Folgen hat sie für Migrationsgesellschaften?**

*Sandra Kostner*

## **I. Privilegierte oder nichtprivilegierte Identität, das ist die Frage!**

Die Förderung von Diversität ist heutzutage ein erklärtes Anliegen großer Teile von Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien. Dass es Diversitäten gibt, die dabei sozusagen gleicher sind als andere, tritt schnell zutage. Denn ist von Diversität die Rede, dann beziehen sich deren Fürsprecher fast ausschließlich auf eine sehr verengte Form von demographischer Diversität, die mit spezifischen – inzwischen zumeist historischen – Ausgrenzungen, Benachteiligungen und Diskriminierungen verknüpft ist. Diesem Verständnis von förderungswürdiger Diversität ist ein in den 1960er Jahren einsetzender Prozess der Politisierung von Identitäten entlang von Täter-Opfer-Kategorisierungen vorangegangen. Die in eine identitätslinke Läuterungsagenda mündende Politisierung von Diversität beginnt mit dem im *Civil Rights Act* (1964) zum Ausdruck gebrachten Schuldeingeständnis der US-Regierung gegenüber den Afroamerikanern. Was das Eingeständnis weit über die USA hinaus bedeutsam machte, war, dass es maßgeblich zur Ausprägung eines weißen Schuldbewusstseins beitrug, das innerhalb weniger Jahre große Teile der westlichen Welt erfasste. Der konkrete Anlass für das Aufkommen von Schuldgefühlen war kontextgebunden, resultierte aber in allen Fällen aus der Auseinandersetzung mit Rassismus: In den ehemaligen Kolonialmächten fiel ein hautfarbenorientiertes Schuldbewusstsein auf fruchtbaren Boden, da Hautfarbe zur Legitimation kolonialer Herrschaft herangezogen worden war. In den aus Siedlerkolonien hervorgegangenen Staaten Australien, Kanada, Neuseeland und den USA setzten

Schamgefühle darüber ein, wie man mit den indigenen Bevölkerungen umging. Parallel dazu breitete sich in diesen Ländern ein Unbehagen über hautfarbenbasierte Einwanderungspolitiken aus. In Deutschland spielte Hautfarbe für das Entstehen des Schuldbewusstseins aufgrund der Natur der rassistisch motivierten nationalsozialistischen Verbrechen eine untergeordnete Rolle, bei der späteren Verankerung kam dieses Element aber dazu.

Die Verschmelzung der länderspezifischen Aspekte zu einer gemeinsamen Erbsünde des Westens wurde von der transnational agierenden 68er-Bewegung und der aus ihr hervorgegangenen Identitätslinken vollzogen. Die Identitätslinke nahm den Westen als Ganzes bei allen rassismusbezogenen Themen in die Verantwortung und erklärte Kolonialismus, Imperialismus, Sklaverei und Genozid zu den Hauptwesensmerkmalen der westlichen Erbsünde. Auf diese Weise erhielt auch in Deutschland ein weißes Schuldbewusstsein Auftrieb. Dessen Ausprägung wurde durch neomarxistisch inspirierte Analysen zur Lage der Gastarbeiter unterstützt und ging mit der Übertragung des Schuldgefühls von den Opfern des Nationalsozialismus auf Migranten einher (so bemühen Linke seit den 1980er Jahren das Bild von den Türken, später den Muslimen, als den neuen Juden).

Ergänzt wurde das westliche Täter-Opfer-Schuldbewusstsein durch die Kämpfe für rechtliche Gleichstellung vonseiten der zweiten Generation der Feministinnen und der Homosexuellenbewegung. In allen drei Fällen zog das Eingeständnis, Menschen Unrecht getan zu haben, nach sich, dass als Opfer anerkannte Gruppen Teilhabeansprüche an die Gesellschaft formulieren können, die schwer auszu-schlagen sind. Der wesentliche Unterschied zwischen den drei politisierten Diversitätsebenen besteht darin, dass der rassismusbezogene Part des Schuldbewusstseins im Kollisionsfall vonseiten der identitätsorientierten Linken eine Priorisierung erfährt. Der Grund hierfür ist, dass Identitätslinke Rassismus zur westlichen Erbsünde erklärt haben, weshalb für sie rassistisch konnotierte Ungleichbehandlungen schwerer wiegen als andere.

Die politisch äußerst wirksame Etablierung von Schuld-/Opferidentitäten erklärt sich nur bedingt aus den existierenden freiheitsbeschränkenden und gleichheitsnegierenden Diskriminierungen. Ohne diese wären Täter-/Opferzuordnungen zwar nicht denkbar. Aber ein Blick in die Weltgeschichte, die durchzogen ist von der Ungleichbehandlung und Unterdrückung von Menschen aufgrund von Gruppenmerkmalen, zeigt, dass Diskriminierung per se noch nicht zur Ausbildung eines gesellschaftsverändernden Schuldbewusstseins führt. Schon gar nicht eines Schuldbewusstseins, das über Jahrzehnte, ungeachtet aller gesellschaftlichen Entwicklungen, nahezu unverändert fortbesteht. Genauer gesagt: Es besteht nicht nur fort, es hat sich in der Gesellschaft deutlich tiefer verankert. Wenn Diskriminierung kein hinreichender Erklärungsfaktor ist, stellt sich die Frage: Wie lässt sich die Ausbildung und Verankerung der politisch schlagkräftigen Symbiose von Schuld- und Opferidentitäten erklären?

Mit dieser Frage habe ich lange gerungen, und obwohl ich Puzzleteile in der Hand hielt – wie den Einfluss marxistischer Unterdrücker-Unterdrückte-Narrative oder das Hervortreten postmaterieller Orientierungen –, war ich mit den gefundenen Antworten nicht zufrieden. Ein ganz wesentlicher Erklärungsbaustein fehlte offenbar. Diesen fand ich im Buch *White Guilt* des amerikanischen Sozialwissenschaftlers Shelby Steele, auf das ich mich im Folgenden beziehen werde.<sup>1</sup> Steeles Ausgangspunkt war die Frage, wie es passieren konnte, dass die dem *Civil Rights Act* innewohnende Chance, soziale Ungleichheiten zwischen schwarzen und weißen Amerikanern abzubauen und ein gemeinsames Amerika zu schaffen, verspielt wurde. Seine Ausführungen beziehen sich auf die konkrete Situation in Amerika, die von ihm identifizierten Muster lassen sich aber auch in anderen Ländern finden. Dies hat zum einen mit der Pionierfunktion der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung zu tun und zum anderen mit der rassismusbasierten Konstruktion der westlichen Erbsünde, durch welche eine Übertragung auf andere von Rassismus betroffene Gruppen reibungslos möglich war.

Steele argumentiert, dass das im *Civil Rights Act* enthaltene Schuldeingeständnis seine Wirksamkeit dem veränderten gesellschaftspolitischen Klima der 1960er Jahre verdankt. Durch die Bürgerrechtsbewegung konnten weiße Amerikaner nicht mehr ausblenden, dass rassistisch motivierte Ungleichbehandlungen in krassem Gegensatz zu den hehren menschenrechtlichen und liberal-demokratischen Prinzipien standen, auf denen ihr Gemeinwesen gründete. Zumal genau dies die Prinzipien waren, die im Ost-West-Konflikt zur moralischen Überlegenheitsdemonstration der eigenen Seite regelmäßig ins Feld geführt wurden. Dass man augenscheinlich diesen Prinzipien nicht gerecht wurde, ließ solche Überlegenheitsargumente – insbesondere in den Augen der jüngeren linksorientierten Bevölkerungsgruppen – heuchlerisch erscheinen. Ferner breiteten sich bei dieser in materiell gesicherten Verhältnissen aufgewachsenen Bevölkerungsgruppe postmaterielle Orientierungen aus, die zu mehr Großzügigkeit gegenüber schlechter gestellten Personen führten, da man keine unmittelbaren Folgen für die eigene Position befürchten musste.<sup>2</sup>

In diesem veränderten gesellschaftspolitischen Klima, so Steele, zogen Schuldeingeständnisse einen moralischen Autoritätsverlust nach sich, der die Legitimität des weißen Amerika und seiner Institutionen davon abhängig machte, „dass sie beweisen können, nicht rassistisch zu sein. [...] Weiße Amerikaner und amerikanische Institutionen werden, bis zum Nachweis des Gegenteils, als rassistisch stigmatisiert.“<sup>3</sup> Daraus ergab sich vor allem für Institutionen die Notwendigkeit, ihre Schuld öffentlichkeitswirksam anzuerkennen, um so moralische Läuterung zu demonstrieren.<sup>4</sup> Die Symbiose von moralischem Autoritätsverlust der weißen Amerikaner und der Empowermenterfahrung der Afroamerikaner blieb nicht lange auf diese Konstellation beschränkt. Die Strategie des moralischen Autoritätstransfers wurde im Kampf um gleiche Rechte von Frauen, der Homosexuellenbewegung, indigenen Gruppen und Migranten aufgegriffen – und dies

nicht nur in den USA, sondern nach und nach in den meisten westlichen Staaten.

Die sich wechselseitig für ihre Zwecke brauchenden Akteure auf der jeweiligen Privilegierten- und Opferseite sorgten dafür, dass der moralische Transfer kein vorübergehendes Phänomen blieb. Für die Opferseite ist die Verfestigung des Schuldbewusstseins attraktiv, da sie solange Ansprüche, beispielsweise auf positive Diskriminierung oder auf Sonderrechte, an die Gesellschaft stellen kann, wie an politischen und institutionellen Schlüsselstellen ein Schuldbewusstsein vorhanden ist, das mit einem Läuterungsbedürfnis einhergeht. Die afroamerikanische Community war die erste, die zu diesem Zweck eine Opferidentität ausbildete und als Machtmittel nutzte, gefolgt von anderen Gruppen, die das Potenzial dieser Vorgehensweise erkannten. Der Vorteil politisierter Opferidentitäten liegt auf der Hand: Sie beruhen auf einer stabilen Grundlage und lassen sich kontextbefreit, allein unter Anrufung des Opferstatus, aktivieren und mobilisieren.<sup>5</sup> Ein weiterer Vorteil liegt aus Sicht von Opferentrepreneuren, also denjenigen, die Opferidentitäten gesellschaftspolitisch gewinnbringend einsetzen möchten, darin, dass mit dem Verweis auf die Schuldfrage jegliche Eigenverantwortung für den Abbau von Teilhabedefiziten zurückgewiesen werden kann. Die Verantwortung, für Gleichheit und Gerechtigkeit zu sorgen, wird an die Privilegierten delegiert. Unter jenen stehen Akteure bereit, die diese Aufgabe gerne übernehmen. Allerdings weniger aus Selbstlosigkeit, sondern da sie auf eine moralische Dividende aus sind. Die fällt aber nur ab, wenn sie demonstrieren können, dass ihr Handeln der Dreh- und Angelpunkt für die Schließung von Teilhabelücken ist. Dementsprechend groß ist die Motivation dieser Schuldentrepreneure, jegliche Ungleichheit zwischen Privilegierten- und Opfergruppen als inakzeptables Gerechtigkeitsdefizit darzustellen, für dessen Abbau sie die alleinige Verantwortung tragen. Aus Sicht der Schuldentrepreneure signalisieren Teilhabelücken, dass die Gesellschaft noch nicht frei von ihrer rassistischen und sexistischen Erblast ist. Solange dies nicht

vollständig der Fall ist, sprechen sie der Eigengruppe das Recht ab, moralisch ausreichend legitimiert zu sein, um Erwartungen und Forderungen an Opfergruppen zu stellen.<sup>6</sup>

Opfer- und Schuldentrepreneure haben über die Jahrzehnte politisierte Opfer- und Schuldidentitäten gewinnbringend genutzt. Sie haben dabei geflissentlich die nicht übersehbaren negativen Folgen ausgeblendet. So hat die eigeninteressenbasierte Schuld-Opfer-Symbiose beispielsweise Anreize dafür geschaffen, (1) Teilhabedefizite und Diskriminierungsnarrative aufrechtzuerhalten, (2) Schuld- und Opferidentitäten zu verfestigen und von gesellschaftlichen Entwicklungen wie dem Abbau von Diskriminierungen loszulösen, (3) nach neuen Opfergruppen und Opferthemen Ausschau zu halten, (4) Freiheit der Gleichheit zu opfern und (5) eine Entschuldigungskultur zu etablieren, mittels derer Kritik an Opfergruppen abgewehrt und delegitimiert werden kann.

Insbesondere die auf der Gruppenebene erfolgende Verantwortungsbefreiung von Individuen für ihre eigene Lage sowie die Etablierung von Identitäten, die von Diskriminierungserfahrungen abhängig sind, rufen negative Konsequenzen hervor. Im Fall der Verantwortungsbefreiung dadurch, dass Individuen in eine passive Rolle gedrängt werden und sich der Eindruck festsetzt, Identität sei wichtiger als Leistung. Dies führte sowohl bei Afroamerikanern als auch indigenen Bevölkerungen dazu, dass soziale Mobilitätsprozesse ins Stottern gerieten.<sup>7</sup> Im Fall der diskriminierungsabhängigen Identitäten aufgrund dessen, dass der Abbau von Ungleichheit den Fortbestand der jeweiligen Identitätsgruppe und deren politische Wirkmächtigkeit gefährdet. Je stärker sich Gesellschaften dem Ziel der Diskriminierungsfreiheit verpflichten und je mehr Fortschritte sie erzielen, umso mehr entziehen sie den Entrepreneuren ihre Geschäftsgrundlage. Opfer- und Schuldentrepreneure machen es sich deshalb zunutze, dass der gesellschaftliche Sensibilisierungsgrad für Ungleichheiten mit der Thematisierung von Diskriminierung ansteigt, indem sie versuchen, die gesteigerte Sensibilität in neue Hypersensi-

bilitäten (Stichwort „Mikroaggression“) zu überführen. Im Klartext: Sie setzen in bestem Eigeninteresse alles daran, Diskriminierungsnarrative aufrechtzuerhalten, unabhängig davon, was in der Realität passiert.<sup>8</sup>

Dass es den Entrepreneuren gelungen ist, die Identitätsdichotomien in ihren jeweiligen Gesellschaften fest zu etablieren, steht in engem Zusammenhang damit, dass sich die neue Linke in den 1970er Jahren von der sozialen Revolution verabschiedet und sich dem sozialen Umbau der Gesellschaft durch kulturellen Wandel zugewandt hat. Erst durch diese Zielverlagerung wurde die neue Linke für größere Bevölkerungsteile attraktiv und konnte so zu einer einflussreichen politischen Kraft werden. Das neue Ziel erforderte eine offensive Politisierung von Diversität. Hierfür boten sich nachgerade die Diversitätsdimensionen an, auf denen das Augenmerk der Entrepreneure – die größtenteils zur neuen Linken gehörten – lag. Erstens, da sie ab Mitte der 1960er Jahre ohnehin schon durch Schuld-Opfer-Diskurse politisiert worden waren. Und zweitens, weil sie leicht mit der marxistischen Unterdrücker-Unterdrückten-Dichotomie in Einklang zu bringen waren, der die neue Linke nach wie vor anhing. Mit anderen Worten: Was ab jetzt serviert wird, ist neuer Identitätswein in alten marxistischen Schläuchen. An die Stelle des Klassen- tritt das Identitätsbewusstsein. Der Klassenkampf wird vom Kampf gegen identitätsbasierte Machtasymmetrien abgelöst. Der Hauptfeind ist nicht mehr das Kapital, sondern eine rassistische bzw. sexistische Geisteshaltung, deren Überwindung zur Voraussetzung für die Herstellung von sozioökonomischer Gleichheit erklärt wird. Ein Opfer der ökonomischen Interessen von Kapitalisten zu sein reicht nicht mehr aus, um in den Fürsorgefokus der Identitätslinken zu geraten. Der „Andere“ im fürsorgerelevanten Sinn ist nun jemand, der einen durch Rassismus oder Sexismus hervorgebrachten Opferstatus vorweisen kann.<sup>9</sup>

Die Politisierung von Diversität entlang von Unterdrücker-Unterdrückten-Narrativen erfolgte auch mithilfe der Wissenschaft. Begin-

nend in den späten 1970er Jahren wurden in den Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften – ebenfalls von marxistischem Gedankengut beeinflusste – postmoderne und postkoloniale Theorien en vogue. Mittlerweile sitzen die mit diesem Theoriekanon vertrauten Absolventen an zahlreichen Schlüsselstellen in Politik, Behörden, Medien und in der Wissenschaft, wo sie als Agenda-Setter wirken. Der Einfluss dieser Theorien zeigt sich an der immergleichen Diagnose und verabreichten Medizin. Diejenigen, die Gesellschaftsdiagnosen mithilfe des postmodernen und postkolonialen Theoriebaukastens stellen, beziehen sich auf die von allen Theoretikern (zuvorderst Antonio Gramsci, Frantz Fanon, Michel Foucault, Jacques Derrida, Edward Said, Stuart Hall und Gayatri Chakravorty Spivak) geteilte Erklärungsformel: hegemoniale Machtstrukturen. Gemäß der von diesen Theoretikern geprägten Form der postmodernen Weltanschauung sind soziale Interaktionen und gesellschaftliche Institutionen ausnahmslos von hegemonialen Machtasymmetrien durchzogen, die von der jeweiligen „Dominanzgruppe“ zur Sicherung ihres privilegierten Status und zur Marginalisierung „der Anderen“ konstruiert werden. So werden Frauen als marginalisierte „Anderere“ betrachtet, da Institutionen von Männern geschaffen wurden. Analog dazu werden Migranten pauschal zu marginalisierten „Anderen“ erklärt, wiederum aufgrund dessen, dass das institutionelle Gefüge des Landes, in das sie migriert sind, von Nichtmigranten errichtet wurde. Migrierte Frauen werden dem intersektionalen Ansatz folgend als doppelt marginalisiert gesehen.<sup>10</sup>

Die Anhänger der *Critical Whiteness Studies* gehen bei der Konstruktion der Privilegierungspyramide noch einen Schritt weiter. Sie erklären alle Personen, die aus ihrer Sicht „von Rassismus und Zugehörigkeitszweifeln betroffen“ sein können, zu Nichtweißen. Dergestalt werden beispielsweise europäische Konvertiten zum Islam als von der „hegemonialen Dominanzgesellschaft“ unterdrückte Nichtweiße klassifiziert.<sup>11</sup> Die kritische Weißseinsforschung löst das Privilegierungsschema komplett vom namensgebenden Merkmal und er-

reicht dadurch zweierlei: Die begrenzte Anwendbarkeit der Kategorie Hautfarbe erfährt eine massive Ausdehnung. Gleichzeitig können die neu einbezogenen Kategorien durch die Verbindung zur untrennbar mit Hautfarbe verknüpften rassistischen Erbsünde näher an diese herangerückt werden, wovon man sich – siehe die Einführung des Begriffs antimuslimischer Rassismus – strategische Vorteile verspricht.

Die exkludierenden Wirkungen müssen für die Anhänger der einschlägigen Theorien nicht bewusst in die Strukturen eingewoben worden sein. Allein die Feststellung, dass eine Gruppe den institutionellen Aufbau der Gesellschaft deutlich stärker geprägt hat als eine andere, reicht aus, um auf die Benachteiligung der anderen zu schließen. Der Verweis auf unbewusste Handlungen ist argumentativ insofern von Vorteil, als dafür keine Belege beigebracht werden können. Faktoren, die die dichotome Betrachtung erschüttern könnten – und das sind angesichts der gesellschaftlichen Komplexität sehr viele –, werden radikal ausgeblendet, wegerklärt oder so umgedeutet, dass sie wieder in das eindimensionale Analyseschema passen. Hinter der Eindimensionalität verbirgt sich ein politisch-ideologisches Anliegen, das mit starker Selbstbezogenheit einhergeht. So geht es den postmodernen Theorievertretern vor allem darum: (1) der „Dominanzgesellschaft“ den Spiegel vorzuhalten und sie dergestalt auf den Weg der Läuterung zu führen und (2) als Anwälte der Unterdrückten aufzutreten und ihnen Anerkennung zukommen zu lassen. Sie übernehmen sozusagen in Personalunion die Rolle der Ankläger, Anwälte und Therapeuten. Letztendlich agieren sie wie Ärzte, die, egal, welche Symptome ihre Patienten aufweisen, immer die gleiche Diagnose stellen und die genau gleiche Medizin in der genau gleichen Dosis verabreichen. Oder wie Kriminalbeamte, die von vornherein nur einen möglichen Täter kennen, und daher alle nicht ins Bild passenden Indizien unter den Tisch fallen lassen und obendrein noch diejenigen, die Ermittlungsergebnisse infrage stellen, zu Komplizen des Täters erklären und gleich mit auf die Anklagebank setzen. In beiden Fällen würde das verantwortungslose Vorgehen umgehend gesehen

und angeprangert; warum nicht, wenn es um politisierte Diversität geht?

Im Gegensatz zu den Beispielen aus der Praxis, wo die skizzierten Vorgehensweisen reale Konsequenzen nach sich ziehen würden, müssen Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaftler kaum befürchten, für die von ihnen gestellten Diagnosen und verabreichten Medikamente zur Verantwortung gezogen zu werden. Sollten sie jemandem bzw. der Gesellschaft Schaden zufügen, passiert dies allenfalls mittelbar und kann nicht direkt auf ihre Person zurückgeführt werden; mittelbar in dem Sinne, dass Personen in Schlüsselfunktionen die Diagnosen zur Grundlage politischer und institutioneller Maßnahmen machen. Da Politiker und Praktiker für Maßnahmen geradestehen und bei deren Konzeption und Implementation widerstreitende Interessen berücksichtigen müssen, sind die kontext- und realitätsbefreiten „theoretischen Halluzinationen“ – diese Bezeichnung wählte der amerikanische Philosoph Richard Rorty für die Herangehensweise postmodern orientierter Wissenschaftler – in der Praxis normalerweise nur in abgeschwächter Form anzutreffen.<sup>12</sup>

Vorprogrammierte Konsequenzen wie die, dass zu viel von einer Medizin diese irgendwann wirkungslos macht, dass sich beispielsweise ubiquitäre Rassismusdiagnosen so abnutzen, dass sie keine Schlagkraft mehr haben, wenn sie angebracht sind, können außer Acht gelassen werden, zumal das Festhalten an hegemonialen Machtnarrativen im Wissenschaftsbetrieb klare Vorteile mit sich bringt: Die enorme Komplexitätsreduktion, die diesem Narrativ innewohnt, wirkt analyse- und reflexionsentlastend und hilft bei der schnellen Verlängerung der eigenen Publikationslisten. Zum Entlastungseffekt lässt sich ein Zitat des Populismusforschers Jan-Werner Müller hinzufügen, der die Probleme von mit „Post“-Begriffen arbeitenden Disziplinen folgendermaßen auf den Punkt brachte: „Wie bei vielen ‚Post‘-Begriffen ist die Grundidee desto plausibler, je weniger man über Geschichte weiß.“<sup>13</sup> In der Tat legen viele Texte von Autoren, die sich dem postmodernen/-kolonialen Theoriekanon ver-

schrieben haben, nahe, dass sich ihr Wissen über wichtige Bezugsthemen wie Kolonialismus und Imperialismus bequem an den Fingern einer Hand aufzählen lässt. Ihre Analysen werden jedenfalls der enormen Komplexität der fast ein halbes Jahrtausend währenden westlichen Kolonialgeschichte nicht ansatzweise gerecht. Nicht viel besser sieht es bei Fragen zur Sklaverei und zum Rassismus aus. Letztlich verhält es sich wohl so, dass dort, wo die Ideologie am Steuer sitzt, die Komplexität auf der Rückbank Platz nehmen muss. Vor diesem Hintergrund sind die gereizten Reaktionen auf Kritik an der Ein-dimensionalität des Unterdrücker-Unterdrückten-Narratives nachvollziehbar. Denn mit der Komplexität der Realität konfrontiert, entpuppt es sich schnell als ein Kaiser-ohne-Kleider-Phänomen.

Im Lauf der Jahrzehnte haben die identitätslinken Kräfte durch ihr Zusammenwirken dafür gesorgt, dass Diversität auf eine Art und Weise politisiert wurde, dass die einzig entscheidende Frage nunmehr privilegierte oder nichtprivilegierte Identität lautet. Außerdem haben sie sich die Entscheidungsmacht darüber zugesprochen, wer aus welchen Gründen als privilegiert oder nichtprivilegiert zu gelten hat: an wen folglich Ansprüche gestellt werden können und wer Ansprüche stellen darf. Die Bevölkerungsmehrheit folgt dieser dichotomen Einteilung nur (sehr) bedingt. Sie neigt vielmehr dazu, sie als ungerecht zu empfinden, was nicht folgenlos für gesellschaftliche Polarisierungs- und Fragmentierungstendenzen bleibt.

## **II. Identitätsgerechtigkeit fragmentiert die Gesellschaft**

Mit der Politisierung von Diversität veränderten sich bei den Identitätslinken auch die Vorstellungen davon, wie eine gerechte Gesellschaft aussehen soll und wie Gerechtigkeit verwirklicht werden kann. Am Terminus der sozialen Gerechtigkeit wurde festgehalten, aber inhaltlich geht es jetzt um Identitätsgerechtigkeit. Der Hauptunterschied der beiden Gerechtigkeitsmodelle besteht darin, dass soziale Gerechtigkeit auf die Herstellung von sozialer Durchlässigkeit ausge-

richtet ist. Dies bedeutet, dass Menschen ihren sozialen Status beeinflussen können. Genau das schließt Identitätsgerechtigkeit aufgrund der anhand von unveränderbaren Merkmalen wie Geschlecht und Hautfarbe vorgenommenen Gruppeneinteilung aus.

Gesellschaftliche Polarisierungen und daraus resultierende Fragmentierungen sind nahezu unausweichliche Folgen eines solchen Gerechtigkeitsmodells. Besonders polarisierend und fragmentierend wirken die fehlenden Möglichkeiten zum Statusgruppenwechsel, wodurch das die Gruppen Trennende tendenziell starrer und unverständlicher wird. Hinzu kommt, dass Identitätsgruppen um politische Aufmerksamkeit und Ressourcenzuteilung konkurrieren, was Fragmentierungstendenzen weiter verstärkt. Eine Gesellschaft, die das Signal sendet, dass Gerechtigkeit von der Förderung von Opferidentitäten abhängt, lädt nachgerade dazu ein, immer neue Opfergruppen zu konstruieren und im Kampf um Ressourcen zu mobilisieren, mit den entsprechenden Folgen für den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt. Polarisierend wirkt zudem die Etablierung einer zweigeteilten Interventionskultur, welche von den als privilegiert eingestuften Gruppen erwartet, dass sie den Forderungen der zu Nichtprivilegierten erklärten Gruppen widerstandslos nachkommen. Tun sie dies nicht, haben identitätslinke Kräfte kein Problem damit, zum Mittel der Intervention zu greifen. Demgegenüber steht eine ausgeprägte Zurückhaltung bis Abneigung, wenn es um Nichtprivilegierte betreffende Interventionen geht. Teilweise wird die Interventionslatte so hochgelegt, dass selbst bei äußerst problematischen Praktiken nicht eingegriffen wird. Identitätslinke führen dafür häufig als Begründung an, dass Nichtprivilegierte Interventionen als neues Unterdrückungsinstrument empfinden könnten.

Eng mit dem Polarisierungspotenzial der Interventionsfrage verbunden sind die einseitig an Privilegierte gerichteten Forderungen, die Identitäten der Nichtprivilegierten anzuerkennen. Die Einseitigkeit ist in den Augen der Identitätslinken gerechtfertigt, da eine Anerkennung der Privilegierten der Anerkennung der von ihnen ge-

schaffen Machtstrukturen und Unterdrückungspraktiken gleichkäme. Außerdem wird – Charles Taylor, einem der wichtigsten Anerkennungstheoretiker, folgend – die Auffassung vertreten, dass die Identitäten von Opfergruppen positiv aufgeladen und gestärkt werden müssen.<sup>14</sup> Auf diese Weise sollen Identitäten auf Augenhöhe gebracht werden. Erst wenn dies der Fall ist, so die Argumentation, kann Identitätsgerechtigkeit für alle verwirklicht werden. Da ein Auf-Augenhöhe-Bringen am schnellsten vorankommt, wenn man auf beiden Seiten ansetzt, wird genau das gemacht. Anders ausgedrückt: Die Aufwertung von Nichtprivilegiertenidentitäten erfolgt auch mithilfe der Abwertung von Privilegiertenidentitäten. Das darin ruhende Polarisierungspotenzial wird von denjenigen, die diesen Prozess vorantreiben, übersehen bzw. gilt angesichts des hehren Zieles als vernachlässigbar. Die Bevölkerungsmehrheit hingegen neigt dazu, asymmetrische Anerkennungsforderungen und unterschiedliche Formen der Wertschätzung von Gruppenidentitäten als ungerecht zu empfinden und darauf verschnupft zu reagieren.<sup>15</sup>

Identitätslinke tragen auch zu gesellschaftlichen Polarisierungen bei, indem sie aus ihrem Auftreten als Opferanwälte automatisch den Anspruch auf Diskurshoheit ableiten. Wer diesen Automatismus (wie auch Diagnose und Medizin) infrage stellt, wird schnell mit dem Vorwurf überzogen, den Opfern gegenüber feindselig eingestellt zu sein oder diesen zur Sicherung des eigenen privilegierten Status ihre Teilhaberechte verweigern zu wollen. In solchen Fällen kommen regelmäßig zur Delegitimierung kritischer Stimmen Rassismus-, Sexismus- und Islamophobie-Vorwürfe zum Einsatz. Argumente wären selbstredend hilfreicher als Vorwürfe, aber diese scheint man nicht zu haben. Oder man ist aufgrund dessen, dass man sich zu sehr in selbstreferentiellen Echokammern bewegt, nicht darauf vorbereitet, dass Analysen und Ansprüche begründet werden müssen; dass es mehr braucht als Behauptungen und dass es legitime Pro- und Contra-Argumente gibt. Wie sonst ist zu erklären, dass diskreditierende Unterstellungen so inflationär gebraucht werden und gut be-